



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 21. März 2018

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Die *ARD* mit einem Bericht über die Menschen, die aus Afrin fliehen. Zwischen Mittwoch und Samstag flohen laut Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte 200.000 Menschen. Die Türkei führt in der nordsyrischen, mehrheitlich von Kurd*innen bewohnten Stadt einen Krieg gegen die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG. Der Türkei wird vorgeworfen, ihr Militär habe Krankenhäuser beschossen. Die mit der Türkei verbündete Freie Syrische Armee hat die Stadt betreten. Es soll zu Plünderungen kommen. Der *Deutschlandfunk* wertet es als positiv, dass die YPG schlussendlich die Stadt verlassen habe und somit noch mehr Tode unter den Zivilist*innen vermieden habe. Am Samstag wurden zudem 36 Menschen in Ost-Ghuta bei Bombenangriffen getötet. 100.000 Menschen flohen aus dieser Region, 10.000 allein zwischen Donnerstag und Samstag. Dort führt das syrische Regime gemeinsam mit russischen Einheiten weiterhin seinen Krieg gegen die eigene Bevölkerung
<https://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-griechenland-189.html> (17.03.18)
<https://www.welt.de/newsticker/news1/article174648319/Fluechtlinge-Hunderttausende-Zivilisten-auf-der-Flucht-aus-Afrin-und-Ost-Ghuta.html> (17.03.18)
<https://www.nytimes.com/2018/03/18/world/middleeast/afrin-turkey-syria.html> (18.03.18)
http://www.deutschlandfunk.de/einmarsch-in-afrin-pluenderungen-in-der-besetzten-stadt.1766.de.html?dram:article_id=413422 (19.03.18)
- In der Ägäis sind 16 Menschen ertrunken.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-mindestens-16-menschen-vor-griechischer-insel.1939.de.html?drn:news_id=862344 (20.03.18)
- Auf Lesbos protestierten Fliehende erneut gegen die Lage auf der Insel sowie gegen drohende Abschiebungen in die Türkei.
<http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/international/krawalle-in-fluechtlingslager-auf-lesbos;art46446,1217554> (15.03.18)
- Zwei Jahre ist der EU-Türkei-Deal nun alt. Dieses Abkommen ist mitverantwortlich, für die Toten in der Ägäis und die Lage auf den griechischen Inseln. Weil das so gut funktioniert, erhält die Türkei nun drei Milliarden Euro.
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlingspakt-eu-stellt-weitere-milliarden-fuer-fluechtlinge-in-der-tuerkei-zur-verfuegung/21070012.html> (14.03.18)

- Das Oberste Gericht Israels hat die geplanten Abschiebungen von derzeit 42.000 Menschen vorerst ausgesetzt. Bis zum 26. März habe die Regierung Zeit, mehr Informationen zu liefern. Die Geflüchteten werden zur „freiwilligen Ausreise“ unter der Androhung von Haft gedrängt. Die Ausweisung soll im Zweifel nach Uganda oder Ruanda erfolgen, obwohl die meisten Geflüchteten eritreischer und sudanesischer Staatsbürgerschaft sind.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/fluechtlinge-israel-oberstes-gericht-einwanderung-ausweisung> (15.03.18)

Bund, Land, Kommune

- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat 2.500 Fälle vorzeitig auf Widerruf geprüft. Dies hatte er damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière im vergangenen Jahr für insgesamt 150.000 Fälle veranlasst. Hintergrund ist der enttarnte, rechtsradikale Soldat Franco A. Bei 41 Personen wurde der Schutzstatus widerrufen oder zurückgenommen. Die Linke kritisiert, dass gerade nicht die negativen Entscheidungen erneut geprüft worden seien. Das hier verwendete Personal hätte für Qualitätsverbesserung und beschleunigte Asylverfahren eingesetzt werden müssen.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-bamf-will-positive-asylbescheide-ueberpruefen-1.3911158> (18.03.18)
- Unbegleitete Minderjährige müssen nach ihrem 18. Geburtstag von einer Wohngemeinschaft der Jugendhilfe in eine andere Unterkunft ziehen. Viel zu häufig sind das dann Gemeinschaftsunterkünfte oder Erstaufnahmeeinrichtungen, einige landen auch in der Obdachlosigkeit. Laut Angaben des Bundesfachverbands für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge betrifft das jede*n zweite*n. Problematisch hierbei sind die ungeklärten Zuständigkeiten zwischen den einzelnen Behörden.
http://www.deutschlandfunk.de/jugendliche-fluechtlinge-oft-wohnungslos-mit-18-jahren.862.de.html?dram:article_id=413133 (15.03.18)
- Die Zahl der Geflüchteten, die in 2017 eine Berufsausbildung hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 3.904 auf 9.306 mehr als verdoppelt.
<http://www.migazin.de/2018/03/15/dihk-immer-mehr-fluechtlinge-machen-eine-berufsausbildung/> (15.03.18)
- In Donauwörth in Bayern protestierten in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebrachte Menschen gegen die Abschiebung eines Menschen nach Gambia. 50 Bewohner*innen stellten sich den Polizist*innen entgegen. Die Abschiebung wurde abgebrochen, doch rückte die Bereitschaftspolizei im Anschluss an und nahm 30 Menschen unter anderem wegen Landfriedensbruch fest. Für den Bayerischen Flüchtlingsrat ist klar, dass Menschen nicht „ruhig und gelassen“ auf ihre Abschiebung warteten und selbstverständlich protestierten und Widerstand leisteten. Der Polizeieinsatz sei ein „massiver Einschüchterungsversuch.“
<http://www.haz.de/Nachrichten/Panorama/Uebersicht/Protestierende-Fluechtlinge-verhindern-Abschiebung> (15.03.18)
- Laut sächsischem Innenministerium wurden im vergangenen Jahr 117 Menschen aus der Haft abgeschoben. 112 aus der Strafhaft, fünf aus der Abschiebungshaft. Wobei bei letzterer Sachsen die Abschiebungshaftanstalten anderer Bundesländer nutzte.
<https://www.sz-online.de/sachsen/mehr-abschiebungen-aus-der-haft-3900120.html> (18.03.18)
- Die Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistisch motivierter Gewalt haben Zahlen zu den Übergriffen im Jahr 2017 veröffentlicht. In Sachsen sank die Zahl von 437 auf 220, in Sachsen-Anhalt von 290 auf 198, Brandenburg 171, vormals 221, Thüringen 149, vormals 160 und Mecklenburg-Vorpommern von 149 auf 109. Eine Entwarnung sei das aber nicht,

so Robert Kusche von der RAA Opferberatung Sachsen. Rechte Strukturen seien etabliert und könnten zuschlagen, siehe Bautzen und Wurzen. Zudem sei davon auszugehen, dass sich die Szene im Zuge des Prozesses um die Gruppe Freital und die Freie Kameradschaft Dresden zurückgehalten habe. Zudem gebe es heute weniger Sammelunterkünfte womit Protestorte entfielen.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus-zahl-rechter-angriffe-in-ostdeutschland-sinkt/21070512.html> (14.03.18)

<https://www.sz-online.de/sachsen/opferberatung-zaehlt-weniger-rechte-angriffe-3898212.html> (15.03.18)

- Eine Studie der TU Dresden bezweifelt den Sinn an der sachseninternen Wohnsitzauflage. Sie schlagen eine anders gestaltete Auflage und damit auch Paternalismus vor. Es wäre demnach sinnvoller, die Menschen mit Anerkennung nicht nach der Einwohnerzahl der 13 kreisfreien Städte und Landkreise zu verteilen, sondern anhand der Bedarfe der Geflüchteten an die jeweilige Infrastruktur. Also Vorhandensein und bisherige Auslastung von Kindergärten, Schulen, bestimmten Beratungsstellen, Krankenhäusern etc. Auflagen allein seien der Integration abträglich. Kommende Woche trifft sich noch einmal der Lenkungsausschuss Asyl mit Vertreter*innen der Landesregierung und der Kommunen und berät ein letztes Mal über die Einführung. Die Wohnsitzauflage war bereits am 16. Februar vom Innenministerium erlassen worden. Dies erfolgte ohne Information an Parlament und Öffentlichkeit, die erst in diesem Monat davon erfuhren. Sachsen wäre das achte Bundesland mit einer solchen Auflage. Eine individualisierte Auflage, wie sie die Wissenschaftler*innen vorschlugen, hat bisher keine Landesregierung erlassen. Die *Sächsische Zeitung* beantwortet Fragen zur Auflage: <https://www.sz-online.de/sachsen/wie-sinnvoll-ist-die-wohnsitzauflage-fuer-fluechtlinge-3898525.html> (15.03.18)
http://www.migazin.de/2018/03/16/studie-wohnsitzauflage-behindert-integration-von-fluechtlingen/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MiGAZIN+Newsletter (16.03.18)
- Die Zahl der von der Sächsischen Härtefallkommission beratenen Fälle hat sich 2017 im Vergleich zu 2016 von 28 auf 53 Fälle erhöht. 161 Personen betraf das dieses Jahr, im vergangenen waren es 93.
<https://www.mdr.de/investigativ/abschiebung-fluechtlinge-100.html> (14.03.18)
- Die Arbeitsmarktmentor*innen versuchen in Sachsen, Geflüchtete und Arbeitgeber*innen miteinander zu vermitteln und ersteren so den Weg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Das finanzierende Wirtschaftsministerium zieht nun Bilanz. 282 Menschen seien in Beschäftigung gebracht worden, 122 weitere hätten eine Berufsausbildung begonnen, mit 1.358 wurde eine sogenannte Integrationsvereinbarung getroffen. Der SFR begleitet das Programm auf wissenschaftlich-fachlicher Ebene mit drei Mitarbeiter*innen.
<https://www.mdr.de/sachsen/zwischenbilanz-arbeitsfoerderungsprogram-fuer-fluechtlinge-in-sachsen-100.html> (20.03.18)
- Vor drei Wochen wurde versucht, einen verheirateten Mann tunesischer Staatsbürgerschaft im Landkreis Sächsische-Schweiz Osterzgebirge abzuschleppen. Seine Ehefrau deutscher Staatsbürgerschaft hatte sich an die Öffentlichkeit gewendet, als die Polizei in ihre Wohnung eingedrungen war. Ihr Mann konnte damals entkommen, über die Ehe wird er aber keine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Das bedeutet nun, dass er zunächst „freiwillig ausreisen“ muss und mit einem Arbeitsvisum versuchen muss, zurückzukehren.
<https://www.sz-online.de/sachsen/abschiebung-abgesagt-tunesier-geht-trotzdem-3897676.html> (14.03.18)
- Die Mitglieder der terroristischen Vereinigung Gruppe Freital haben Revision gegen die von ihnen verhängten Urteile eingelegt. Eine Entscheidung über den Antrag kann in diesem Jahr aber nicht erfolgen, da nun mehrere Fristen weiterer Prozessschritte ineinander greifen.
<https://www.mdr.de/sachsen/dresden/gruppe-freital-revision-bundesgerichtshof-100.html> (15.03.18)

Hintergrund und Meinung

- Die Sprache des Koalitionsvertrags sei die Sprache der Rechtspopulist*innen, so Johannes Hillje in der *Zeit*. Es werde ein „uns“ gegen ein „die“ aufgemacht woraus Beschäftigung mit sich selber folge und ein Denken, welches „die Anderen“, die Schutzsuchenden, als zu verwaltende Masse denke. Im Vergleich zu den beiden vorherigen Koalitionsverträgen mit Begriffen wie „Vielfalt“ und „Willkommenskultur“ sei hier ein großer Sprung gemacht worden. Aus Angst vor einer Hetzkampagne der Rechten, die ja sowieso schon laufe, werde sich nicht getraut, eine eigene Sprache für die Einwanderungsgesellschaft zu sprechen. Dabei stehe die große Mehrheit zu Solidarität und Humanität. In einer repräsentativen Umfrage der *Zeit* gaben 71 Prozent an, dass Geflüchtete für sie zum „Wir“ in Deutschland gehören.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-02/fluechtlingspolitik-sprache-bedeutung-koalitionsvertrag-migration> (14.02.18)
- Sebastian Kositz kommentiert in der *Sächsischen Zeitung*, dass erst das Wegschauen die Nazis stark mache. So, dass die Lage ist, wie in Bautzen. Hetze und Hass dürften nirgendwo unwidersprochen hingenommen werden.
<http://www.sz-online.de/nachrichten/kommentar-das-wegschauen-macht-die-nazis-stark-3901213.html> (20.03.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 4
01097 Dresden
E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: pr@rlcl.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe